

17-06-1988



1040 BRÜSSEL

rue de la Loi 70 - Wetstraat 70
Tel. 02/230 89 45

Herrn
Minister des Post- und
Fernmeldewesens
56, Rue de la Loi
1040 Brüssel

I/SCHREIBEN VOM

I/REF.

/ U/REF.

BEILAGEN

19.117B/19.121B/19.221/19.226/
19.227/19.229/19.232/II/PD

AR/

BETRIFFT: Postregie. Verteilungspersonal im deutschsprachigen Gebiet.

Sehr geehrter Herr Minister,

hiermit habe ich die Ehre, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle (SKSK) in ihrer Sitzung vom 4. Februar 1988 eine Reihe von Klagen von verteilenden Beamten der Postregie in deutschsprachigem Gebiet untersucht hat, die aufgrund einer vom 1.12.1986 datierten Entscheidung deswegen außerhalb des Stellenplans gestellt wurden, weil sie ihre zumindest elementaren Kenntnisse der französischen Sprache durch Ablegung einer Prüfung vor dem SAS nachgewiesen haben.

Die Kläger machen jedoch geltend, daß sie in Wirklichkeit diese Grundkenntnisse beherrschen, und zwar leitet sich der Nachweis her:

- entweder vom Französischunterricht, dem sie aufgrund der Tatsache gefolgt haben, weil es die zweite Sprache im Unterricht der Schulen im Gebiet deutscher Sprache war, und zwar in erheblichem Maße ab der Grundschule obligatorisch,
- oder von der Tatsache, daß der deutschsprachige Unterricht erst nach und nach in der Folge des Gesetzes vom 30.7.1963 eingeführt wurde, und daß sie an spezifischen Kursen teilgenommen, die in französischer Sprache erteilt wurden, abgesehen vom Französischkursus selber.
- oder noch, weil sie Diplome vorlegen können, die ihre erfolgreiche Teilnahme an Studien in französischer Sprache bescheinigen, welche sich über mehrere Jahre erstrecken (so z.B. der Unterricht zur Sozialförderung der Staatlichen Technischen Abenschule Bütgenbach).

Da es sich um die Anwendung des Artikels 15 §3 der KSG handelte, war die SKSK der Meinung, daß die Entscheidung der Postregie, diese Grundkenntnisse der französischen Sprache von Seiten ihres verteilenden Personals zu verlangen, und zur Feststellung dieser Kenntnisse auf ein durch das Ständige Anwerbungssekretariat durchgeführte Sprachprüfung zurückzugreifen, mit den KSG nicht im Widerspruch stand (vgl. Gutachten Nr.13.020 vom 19.5.1983 und Nr.15.112 vom 5.1.1984).

Die SKSK stellt jedoch fest, daß die KSG den befolgten Unterricht als gesetzliches Kriterium zum Nachweis der Kenntnis einer Sprache betrachten, wobei die Sprachprüfungen lediglich ein zusätzliches Mittel dazu darstelle.

Es scheint der Kommission in der Tat erforderlich, die besonderen Umstände im Hinblick auf das Unterrichtswesen im Gebiet deutscher Sprache zu berücksichtigen, und zwar insbesondere den Artikel 8 des Gesetzes vom 30. Juli 1963 sowie den Königlichen Erlaß Nr. XI vom 30. November 1966 zur Regelung des französisch erteilten Unterrichts an deutschsprachigen Schulen sowie den deutsch erteilten Unterrichts an französischsprachigen Schulen der Gemeinden im Gebiet deutscher Sprache.

Dieser Erlaß bestimmt, daß u.a. in den Sektionen des Sekundarunterrichts ein wichtiges Teil des Lehrprogramms in der zweiten Sprache unterrichtet werden konnte, was die Meinung erlaubt, man stünde vor zwei Unterrichtssprachen.

In seinem Beschluß Nr. 22.451 vom 14.7.1982 (GILTAIRE-Beschluß) hat sich der Staatsrat zu einem Freistellungsantrag von der Prüfung zur Aufnahme in den zweisprachigen Stellenplan (Art. 43 §3 der KSG) dahingehend geäußert, daß eine solche Möglichkeit „dem SAS die Ablehnung nicht ohne Untersuchung der Wichtigkeit des Studienanteils dessen Unterrichtssprache Gegenstand des Freistellungsantrages erlaubte.“

Man darf die Meinung vertreten, daß dies auch gelten würde, wenn feststeht, daß ein Beamter der Regie zu einer Zeit zur Schule ging, als ein erheblicher Teil der Unterrichtsfächer, und zwar andere als das der französischen Sprache selbst, in dieser Sprache erteilt wurde.

Hinsichtlich des Problems der Prüfungsfreistellung bekräftigt die SKSK ihr Gutachten Nr. 3043 vom 21.10.1971, in dem Sie die Meinung äußerte, daß die in den Artikeln 15 §2 Abs. 3 und 43 §3 Abs. 3 der KSG vorgesehenen Freistellungen nicht einschränkend interpretiert werden dürften, sondern als weitreichend und analogisch anzuwendende Regeln anzusehen sind, als ob die KSG die Freistellung implizite vorsähe.

Sie verwies auf ihre Gutachten Nr. 1410 und Nr. 1691 vom 15.12.1966, in denen sie formulierte, daß eine Sprache als in ihren Grundzügen mehr oder weniger bekannt beherrscht zu gelten habe, wenn der betreffende Beamte Inhaber eines Diploms oder einer Bescheinigung ist, die dokumentieren, daß ein vollständiger Studienzyklus ausschließlich in dieser Sprache absolviert wurde.

Diesem Gedankengang folgend, erklärt sich die SKSK schlecht, daß die Erlangung eines Diploms, das bescheinigt, daß der betreffende Beamte drei Studienjahre zur Erlernung der französischen Sprache über 480 Unterrichtsstunden (Staatl. Technische Schule Bütgenbach) erfolgreich absolviert hat, für den hinreichenden Beweis der Beherrschung der Grundkenntnisse dieser Sprache nicht gehalten werden sollte.

Zusammenfassend ist die SKSK der Meinung, daß die Postregie aufgrund der oben angeführten Elemente die Freistellung von der Sprachprüfung gewähren kann.

Eine Abschrift dieses Gutachtens ergeht an die Antragsteller.

Entsprechend Artikel 61 §3 Abs. 2 der KSG bitte ich Sie, der SKSK mitzuteilen, welche Folgen ihren Anmerkungen gegeben werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung,
der Vorsitzende,

J. FLEERACKERS.